

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

147 (27.6.1932)

Enthüllte Demagogie

Die Nazis im Preussischen Landtag

Im Präsidium des Preussischen Landtags sind der Präsident und ein Vizepräsident Nationalsozialisten, die beiden anderen Vizepräsidenten stellen Deutschnationalen und Zentrum. Damit ist verdeutlicht, wer Macht und Mehrheit in diesem Parlament hat. Die Nationalsozialisten aber möchten bis zur Reichstagswahl noch so tun, als seien sie ohnmächtige, verfolgte und protestierende Oppositionspartei. Deswegen weigern sie sich einstweilen, trotz allen Zuredens ihrer Parteiführer, irgendwelche Schritte zur Bildung einer neuen Regierung zu unternehmen. Die Braun-Schering-Regierung soll die Geschäfte weiterführen, damit die Nationalsozialisten im Parlament umso verantwortungslosere Demagogie treiben können.

Das geschieht ausgiebig. Im Parlament haben die Nationalsozialisten einen würdigen Bundesgenossen, die Kommunisten. Mit ihnen zusammen können sie auch eine Mehrheit bilden, eine Mehrheit, die auch den gewissenlosesten Unfuhren annimmt, falls er nur genügend demagogisch aufreißt ist. Früher haben die Weimarer Koalitionsparteien gegen diesen Mißbrauch des Parlaments Widerstand geleistet. Jetzt, wo Koss und Koss zusammen beschließen können was ihnen paßt, ist das zwecklos geworden. Seitdem Herr Kerri das Präsidium im Landtag führt, haben die Sitzungen auch äußerlich ein ganz eigentümliches Aussehen gewonnen. Vorige Woche tagte man bis 4 Uhr morgens, vergangenes Freitag sogar bis 6 Uhr morgens.

In diesen endlosen „Tagungs“-Nächten werden Weltreflexe der Demagogie aufgestellt. Alle paar Stunden erklimmt irgend ein Naziabgeordneter das Rednerpult und verlangt, daß irgendein Antrag oder Gesetzesentwurf von unübersehbarer Tragweite, den er im Kaffestempo verliest, sofort auf die Tagesordnung gesetzt und möglichst gleich in allen drei Lesungen ohne Aussprache und ohne Ausschubberatung angenommen werde. Oft geschieht dies auch, es lobt den anderen nicht sich dem Quatsch zu widerlegen. Die Antragsteller bemerken meist erst hinterher, was sie überhaupt angestrichelt haben.

Dies von der Nazi-Koss-Demagogie beherrschte Parlament beschließt im gleichen Atemzug schwarz und weiß. Ein Nazi-Antrag wird a. B. angenommen, der verlangt, daß wegen irgendwelcher Vorkommnisse im April gegen eine Anzahl Verwaltungs- und Polizeibeamte sofort das Disziplinarverfahren eingeleitet werde. Am gleichen Tage nimmt die Koss-Nazi-Mehrheit an, das für alle vor dem 15. Juni begangenen Dienstvergehen Straffreiheit zusichert und ausdrücklich die Einleitung neuer Verfahren wegen solcher Dienstvergehen untersagt. Man brüllt „Bestraft sie!“ und „Beandworte sie!“ in einem Atemzug.

Am Freitag jedoch fielen die Nazis mit ihrer Demagogie böse hinein. Ein kommunistischer Antrag stand zur Abstimmung, der verlangte, daß alle Einkommen von 12.000 M. aufwärts radikal wesbener werden. Hier verließ die Nazis der Mut. Sie fürchteten den Zorn ihrer kapitalistischen Geldgeber und verjagten zunächst, Kinderweins des Antrages an den Hauptauschuss zu erzielen, lobann, als ihnen dies mißlang, den Landtag durch Stimmenthaltung beschlußunfähig zu machen. Auch das ging daneben. Der Landtag blieb beschlußfähig, und mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ging der Antrag durch. Bei den Nazis herrschte darob große Bestürzung. Zum ersten Male bemerkte man in der militärisch disziplinierten Fraktion Rebellensstimmen. Disziplinierende Gruppen bilden sich. Endlich — um 11 Uhr nachts — haben die Nazis ihr Gegenmondoer fertig. Sie bringen ihrerseits einen Antrag ein voll demagogischer Forderungen, für die Preußen teils nicht zuständig ist, deren anderer Teil glatt gegen die Reichsverfassung verstößt. Sie geben dem Antrag auch eine formulierende Begründung bei, in der der angenommene kommunistische Antrag zur Weabestuerung der hohen Einkommen folgendermaßen charakterisiert wird:

„Der Antrag . . . zeigt den festen Willen der Antragsteller und der hinter ihnen stehenden Systemparteien, die Herrschaft des mit ihnen unlöslich verknüpften Finanzkapitals und der annehmen Kapitalgesellschaften über das schaffende Volk zu verewigen. Mit keinem Wort rührt dieser Antrag, der nur von Einkommenbesteuerung spricht, an den rechtlich als Einkommen nicht erfassbaren Kriegsgewinnen der Banken, Börsen und Kapitalgesellschaften. Außerdem zeigt der Antrag die Absicht, verdienten Führer des Weltkrieges, hochwertige, höchstwertig tätige Einzelwesenheiten, insbesondere Gelehrte, Künstler und Erfinder . . . auf Grund einer leichtfertigen Redigierten, sachlich nicht durchdrungenen, insbesonderen Formel zu besteuern, während andererseits die Kriegseinkommen korrupter Systemoffiziere, die diese . . . teilweise schamlos ins Ausland verschoben haben, ungeschoren bleiben.“

Erst nachdem die Nazis mit diesem Verdammungsurteil herausgerückt sind, wird ihnen in schonender Form verraten, daß der angelegte kommunistische Antrag — die wertvolle Absicht eines nationalsozialistischen Antrages war, den im württembergischen Landtag die dortige nationalsozialistische Fraktion vor wenigen Wochen eingebracht hat!

Der nationalsozialistische Gegenantrag selber verlangt in vierer Reihe, daß die neue Reichsregierung die Freigrenze der Einkommensteuer von 720 M. gleich auf 2400 M. heraufsetzen und im übrigen die Einkommensteuer bis zu 80 Prozent des Einkommens nach oben staffeln soll. Weiter verlangt der Nazi-Antrag, daß das Vermögen aller eingewanderten Ostjuden als „unrichtliche Bereicherung“ zu konfiszieren ist, ebenso das Vermögen „lämlicher Parteibuchbeamten“, ausgenommen natürlich das Vermögen der Nazi-Parteibuchbeamten, wie wir sie bereits zu Dutzenden in Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, also überall dort haben, wo Nazis „regieren“. Ist dies Vermögen, was der Nazi-Antrag für selbstverständlich hält, gar „unter Ausbeutung der Amtstellung“ erworben worden, so soll es gleich in doppelter Höhe konfiszieren werden (wie macht man das?!). Solche Kinderreien gibt es noch mehr. Eine weitere Nummer des Antrages verlangt, daß die preussischen Minister durch öffentlichen Anschlags aufgefordert werden, auf ihren 12.000 M. überschreitenden Gehaltsanteil zu verzichten (der nach dem früheren Landtagsbeschluss ja sowieso weggesteuert werden soll!!!). Etwas laus werden die Gehälter der Nazis allerdings, als ein Antrag der Linken die Einbeschneidung der Reichsmünzen in dieses demagogische Spiel erzwingt.

Die Nazis hatten gehofft, daß die „Systemparteien“ ihrem Antrag während der Verhandlungen, ihn sabotierten, auf Innehaltung der Fristen bestanden würden. Aber niemand tat ihnen den Gefallen. Um 5 Uhr früh — draußen schien bereits die Juni-Morgensonne — wurde der ganze Humbug angenommen. Humbug! Denn mit Recht wurden die Nazis gefragt, warum sie ihre Anträge auf Veränderung der Reichseinkommensteuer in dem nunmehr unzuständigen preussischen Landtag einbringen, anstatt die ihnen so nahestehende Reichsregierung von Papen direkt um Erlaß einer entsprechenden Reichsverordnung anzusuchen. Bei der Abhängigkeit der Reichsregierung von den Nazis hätten die Nazis sehr wohl die Mittel, die Annahme ihrer Forderungen von Herrn von Papen zu erzwingen!

Falls nach hundert Jahren ein Geschichtsschreiber einmal die Beschlüsse des Preussischen Landtages aus diesen Wochen lesen sollte, so müßte er vermuten, im Juni 1932 sei in Preußen der hundertprozentige Sozialismus ausgebrochen. Allerdings müßte er auch bemerken, daß durch den Widerstand der Nazis allein die Fürsten und Landesherren von der allgemeinen Sozialisierung ausgenommen gewesen seien, denn den Antrag, die Fürstenabfindungen rückgängig zu machen, haben die Nazis prompt abgelehnt! Jeder heutige aber weiß, daß diese Anträge nichts, gar nichts am herrschenden kapitalistischen System ändern. Die Kapitalisten hätten sich den Bauch vor Lachen über diese Schaumichlagereien ihrer Söldlinge! Sind doch diese Anträge von vornherein auf völlige Rechtsunwirksamkeit angelegt, keine Regierung wird oder kann sie ausführen! Zudem sind die meisten Anträge glatt verfassungswidrig. Werden wirklich nun die Arbeiter so dumm sein, auf diesen demagogischen Schwindel hereinzufallen? Werden sie nicht merken, daß die Nationalsozialisten aus dem Parlament, um einen Ausbruch ihres Fraktionsführers Kube zu gebrauchen, mit Fleiß ein „Affentheater“ gemacht haben, dessen Beschlüsse niemand ernst nimmt, dessen Entscheidungen nicht mehr Bedeutung haben als Spitze des Dummens Auau! im Zirkus?!

Weder die Arbeiter zulassen, daß durch die Wahl vom 31. Juli auch der Reichstag, die höchste gesetzgebende Körperschaft, in ein solches Affentheater verwandelt wird? Preußens Landtag ist eine Lehre: Jedes von einer Koss-Nazi-Mehrheit beherrschte Parlament wird ein Gefäß, ein maßloses Gefäß, das sich durch die Unfähigkeit seines Handelns selber von jeder ersten Wirkung ausschaltet. Dafür liefert eine solche Karikatur von Parlament nur den ernsthaften Vertretern des kapitalistischen Systems, wie die Volkregierung der Hitlerbarone sie darstellt, umso größere Machtvollkommenheit in die Hände! Das ganze ist schamlos demagogische im Dienste des Kapitalismus.

Das deutsche Golgatha

(Aus „Le Peuple“, unserem belgischen Bruderorgan.)



Wie uns das Ausland sieht . . .

Parteiuniform im Parlament

Der Rückzug der Nazis im Landtag

Stuttgart, 25. Juni. (Eig. Drahtf.)

Der im württembergischen Landtag durch das uniformierte Auftreten der Sozialisten entstandene Konflikt beschlagnahmt am Samstag den Sonderauschuss für Geschäftsordnungsfragen.

In einer längeren Erörterung der rechtlichen Seite der Frage wurde festgestellt, daß die Auffassung der Nazis, das Tragen der Parteiuniform gehöre zu den in Artikel 118 der Reichsverfassung gesicherten Grundrechten der freien Meinungsäußerung und könne daher nur vom Reichspräsidenten aufgehoben oder eingeschränkt werden, rechtsirrtümlich sei, da der Artikel 118 nur die Presse- und Versammlungsfreiheit im allgemeinen zu schützen bestimmt sei. Weiter wurde festgestellt, daß unbedingtes Uniformtragen durch Personen, die nicht zum Heer, zur Polizei oder zu einem uniformierten Beamtenkörper gehören, auch nach § 360 Abs. 8 des Reichsstrafgesetzbuches als eine Verletzung des Rechtsgutes der staatlichen Autorität bestraft werden könne. Aber unabhängig von der allgemeinen Rechtslage könne das autonome Recht des Landtags, in seiner Geschäftsordnung Bestimmungen gegen das Tragen von Parteiuniformen zu treffen, nicht bestritten werden. Es sei nur fraglich, ob es überhaupt erwünscht oder zweckmäßig sei, solche beschränkten Vorschriften in einer Frage zu treffen, in der man sich bisher auf das Totalverbot der Abgeordneten glaubte verlassen zu können. Es entspräche nicht den Geboten des Taktes, wenn im Landtag, dessen Mitglieder zu gemeinsamer Arbeit berufen seien, sich eine Partei durch Uniformierung von den anderen absondere. Wenn damit zu rechnen sei, daß sich die Vorgänge wiederholen und auch andere Parteien sich gleichartig verhalten, so würde eine Sanktionsbestimmung der Geschäftsordnung dagegen unerlässlich sein.

Nachdem sich alle Parteien bis auf die Nationalsozialisten selbst im wesentlichen übereinstimmend in diesem Sinne geäußert hätten, wurde vom Vorsitzenden, dem Zentrumsabgeordneten Andre, angeordnet, im Interesse der baldigen Wiederaufnahme der sachlichen Arbeit des Landtags und unter Wahrung des gegenseitigen Respektpunktes einem Begehrtsverhör auszusprechen, der den Konfliktstoff praktisch beseitige. Die Nationalsozialisten erklärten sich dazu bereit, diesem Vorschlag entgegenzukommen und gaben nach einer kurzen Pause, in der sie sich beraten hatten, eine Erklärung des Inhalts ab, daß sie ursprünglich gar nicht die Absicht gehabt hätten, über die erste Sitzung der Landtagssitzung hinaus in Uniform zu erscheinen, daß sie auf dem Recht, die Uniform im Landtag zu tragen, bestanden, daß aber zunächst keine Veranlassung dazu für sie vorliege, d. h. daß sie jetzt wieder ohne Uniform an den Sitzungen kommen würden. Also ein kläglicher Zurückzieher.

Mühlen Franck

die gute Kaffeewürze, gehört zu jedem Kaffee, genau wie das Salz zu jedem Essen



Kürzung der Invalidenrenten

Die Rotverordnungsliste der Regierung von Hitlers Gnaden

Von zuständiger Seite wird geschrieben: Die gesetzlichen Leistungen der Invalidenversicherung, die in den letzten Jahren wiederholt eine Erhöhung erfahren haben, können infolge des durch die große Arbeitslosigkeit verursachten erheblichen Rückgangs der Beiträge bis auf weiteres in der bisherigen Höhe nicht mehr weitergewährt werden. Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 werden daher die laufenden Renten vom 1. Juli 1932 ab gekürzt und zwar

die Invalidenrenten um monatlich 6 Mark, die Witwen- und Waisenrenten um monatlich 5 Mark, die Waisenrente um monatlich 4 Mark für jede Waise. Die Zahlungen der Invalidenrenten im bisherigen Betrag von 40 M. (einschließlich der Beiträge) werden bei Auszahlung der Empfänger der Invalidenrente im bisherigen Betrag von 40 M. künftig 34 M. auszufallen, ein solcher über eine Waisenrente für zwei Kinder über bisher 32 M. auf 24 M. (32-8).

Teilrenten, das sind Renten, die in Teilen an mehrere Empfänger, oder die auf Grund von Ruhestufen in gekürzten Beträgen an einen und denselben Empfänger gezahlt werden, fügen die Kürzung nicht. Bezüglich dieser Renten ist eine besondere Prüfung nötig, ob und inwieweit eine Kürzung auf Grund der neuen Rotverordnung vorzunehmen ist; gegebenenfalls geht den Rententempfangern in den nächsten Tagen eine besondere Mitteilung des Versicherungsträgers wegen der Kürzung zu.

Die nach dem 30. Juni 1932 beantragten Renten unterliegen ebenfalls der Kürzung und zwar werden: als Grundbetrag der Invalidenrente 84 M. (statt bisher 168 M.), als Kinderzuschuß 90 M. (statt bisher 120 M. für jedes Kind) gemindert.

Reichszuschuß und Steigerungsbeträge werden in bisheriger Höhe weiterbewilligt.

Der Anteil der Versicherungsanstalten beträgt für die nach dem 30. Juni 1932 beantragten Witwen- und Waisenrenten $\frac{1}{10}$ (statt bisher $\frac{1}{20}$) und für die Waisenrenten $\frac{1}{10}$ (statt bisher $\frac{1}{20}$) des Grundbetrags und der Steigerungsbeträge der Invalidenrente.

Die SPD. an Hindenburg

Schreiben des SPD-Vorstandes an den Reichspräsidenten

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat an den Reichspräsidenten unter Bezugnahme auf die Zusammenkünfte am Vormarschhaus ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Die Heerführer, die sich jetzt kühnig wiederholen, stehen im traffen Gegensatz zu Ihrer Ermittlung, Herr Reichspräsident, die Sie bei Erlaß der letzten Rotverordnung kundgetan haben, daß nach der Aufhebung des SA-Kerbots Gewalttätigkeiten unterbleiben würden. Da Sie damals versichert, mit allen verfassungsmäßig zulässigen Mitteln gegen Ausschreitungen der SA. vorzugehen zu wollen, erlauben wir uns, Sie auf diese trafen Aussagen zu verweisen, die Sie nicht eingehalten haben.“

Ein weiteres Schreiben, dem eine Abschrift des Brieles an den Reichspräsidenten beigelegt ist, haben die Vorstandsmitglieder der SPD. an den Reichsinnenminister mit der Bitte gerichtet, ihnen einen Termin zu benennen, an welchem sie ihm ihre zahlreichen Beschwerden persönlich vortragen können.

Die Deutschnationalen für die Monarchie

Reichsjührertagung

DNV. Berlin, 26. Juni. Die deutschnationale Reichsjührertagung wurde am Sonntag eingeleitet mit einer programmatischen Ansprache des Parteiführers Dr. Hugenberg. Dieser gab zunächst der Erwartung Ausdruck, daß durch die neue Regierung im Reich, die die Deutschnationalen begrüßten, für die sie aber keine Verantwortung tragen, eine grundsätzlicher Wandel geschaffen würde. Als Ziel dieses Wahlfalles bezeichnete Dr. Hugenberg die Schaffung einer nationalen Wehrzeit, bei der aber mit allem Nachdruck dafür gefordert werden müsse, daß die Deutschnationalen in dieser Wehrzeit ein starker Faktor seien. In diesem Zusammenhang ging der Redner auf das Verhältnis der Deutschnationalen zu den Nationalsozialisten ein, die durch die gleiche Forderung verbunden seien. Dem Nationalsozialismus fehle allerdings eine klare Staatsidee. Er habe noch nicht Stellung genommen zu dem Problem Republik oder Monarchie, während zu der klaren Staatsidee der Deutschnationalen das Bekenntnis zur monarchistischen Staatsform gehöre. Dr. Hugenberg wandte sich lobend dem Zentrum zu, gegen das der Kampf mit besonderer Entschiedenheit geführt werden müsse.

Strefemanns volksparteilicher Gegenpieler gestorben

Berlin, 27. Juni. Reichsminister a. D. Dr. Ernst Scholz, der frühere Führer der DVP, ist nach längerer Krankheit in den Abendstunden des Sonntags in Berlin gestorben. Der Verstorbene fand im 58. Lebensjahre. Er war während der Ministerialtätigkeit Strefemanns dessen Gegenpieler in der Deutschen Volkspartei und bereitete so die Dingsdaeneri vor, die sich jetzt durch Zerfall der Deutschen Volkspartei und des kirchlichen Christentums an dieser so schwer rächt.

Mecklenburgische Amtstagswahlen

Schwache Wahlbeteiligung

W. B. Schwerin, 26. Juni. Die heute stattgefundenen Wahlen zum Amtstag in Schwaben hatten folgendes Ergebnis: S. 1628 (bei der letzten Landtagswahl März 1932: 2145), Nationalsozialisten 1725 (1790), Bauernverein (Deutschnationale) 724 (1478). Die Wahlbeteiligung betrug nur 66 Prozent. Die Wahlen zum Amtstag in Stargard hatten folgendes Ergebnis: S. 1604 (Landtagswahl März 1932: 2089), NS. 2528 (2185), Deutschnationale 1228 (871), Kommunisten 811 (679). Die Wahlbeteiligung im Kreise Stargard betrug 55 Prozent.

Die Kleinfindlung

Die Reichsregierung hat dem Reichskommissar für die norddeutsche Kleinfindlung für das Rechnungsjahr 1932 23 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Zeitungsverbote

DNV. Berlin, 25. Juni. Der Reichspräsident hat den „Anarist“ bis zum 30. Juni verboten. Gleichzeitig ist die Sozialistische Arbeiterzeitung wegen Beschlagnahme des Reichspräsidenten auf fünf Tage verboten worden.

Vapen berichtet über Lausanne

Das Kabinett billigt seine Haltung

WTB. Berlin, 25. Juni. Der Reichskanzler berichtete in der heutigen Kabinettsitzung über die von der deutschen Delegation in Lausanne geführten Verhandlungen. Die bisherige Haltung der Delegation fand die Billigung des Kabinetts. Auch den vom Reichskanzler vorgelegten weiteren Absichten der deutschen Delegation stimmte das Reichskabinett einmütig zu.

WTB. Berlin, 25. Juni. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute nachmittag den Reichskanzler von Vapen zum Bericht über die bisherigen Lausanner Verhandlungen und die innerpolitische Lage.

Berlin, 26. Juni. Reichskanzler von Vapen wird heute nachmittag 4 Uhr nach Lausanne zurückreisen.

Berlin, 26. Juni. Die Sonderkorrespondenten der Berliner Zeitungen deuten an, daß die Entscheidung von Lausanne nicht sehr ängstlich beurteilt wird. Wie auch die Lausanner Sonderkorrespondenten der Berliner Zeitungen in bereits erschienenen Berichten über die Verhandlungen in Lausanne, so wird die Konferenz in einer permanenterklärung enden, durch die das Moratorium aufrechterhalten bleibt, bis sich im Herbst eventuell bessere Möglichkeiten bieten.

Wie sind die Lausanner Aussichten?

Das Conti-Büro meldet:

Da die Verhandlungen in Lausanne Montag weiter gehen, ist es durchaus möglich, daß die Entscheidung bereits im Laufe des Monatsabend oder am Dienstag fällt. Man vertritt kein Geheimnis mehr, wenn man hinzusetzt, daß die Aussichten nicht sehr ängstlich beurteilt wird. Wie auch die Lausanner Sonderkorrespondenten der Berliner Zeitungen in bereits erschienenen Berichten über die Verhandlungen in Lausanne, so wird die Konferenz in einer permanenterklärung enden, durch die das Moratorium aufrechterhalten bleibt, bis sich im Herbst eventuell bessere Möglichkeiten bieten.

Herriot appelliert an öffentliche Meinung

Herriot berichtet in Paris

Paris, 26. Juni. Der am Samstag in Gegenwart Herriots abgehaltene Kabinettsrat hat die Haltung der französischen Delegationen auf den Konferenzen von Lausanne und Genf aufrechterhalten. Herriot reist heute nach Lausanne zurück.

Paris, 25. Juni. Das Blatt La République veröffentlicht aus der Feder seines Direktors einen Artikel über die Lösung des Mittelleuropaproblems, der u. a. eine Zollunion zwischen den Donaufürstentümern und eine internationale Kontrolle der Budgets der in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Staaten vorschlägt.

Die Gefahr der nationalistischen Hege

Paris, 26. Juni. (Ein. Drabitz). Der französische Ministerpräsident empfing am Samstag nach der Sitzung des französischen Kabinetts den Pariser Korrespondenten des Soz. Pressebundes, um sich ihm gegenüber über die Lausanner Reparationsverhandlungen zu äußern.

Herriot begann seine Erklärungen, während er einen ihm von seinem Kabinettsrat überreichten mehrseitigen Auszug aus den deutschen Samstagsausgaben durchblätterte, mit der Bemerkung, daß die deutschen Pressestimmen sehr unangenehm seien. Er nannte vor allem zwei nationalistische Berliner Blätter, deren Verurteilung hier eine gewisse Bedeutung beigelegt wird, weil das eine als das Organ des Reichswehrministers und das andere als Organ der hinter der Regierung stehenden industriellen Kreise angesehen wird. Dann fuhr der Ministerpräsident fort: „Wir befinden uns jetzt in einem historischen Moment. Selten haben verantwortliche Staatsmänner so großen Schwierigkeiten gegenübergestanden. Ich verleihe natürlich den Standpunkt meines Landes. Aber ich weiß auch den deutschen Standpunkt zu würdigen. Wenn ich höre, daß es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose gibt, so erfüllt mich das mit großer Sorge und ich würde mich sehr freuen, wenn wir die Mittel finden könnten, diesen bedauernswerten Menschen wieder Arbeit zu verschaffen. Ich bin ein mit Überzeugung handelnder Mensch, und ich werde alles tun, was in meinen Kräften liegt, um eine Einigung mit Deutschland zu erzielen. Ich liebe ernsthafte Arbeit, aber nicht unnütze Proben. Da ich seit 27 Jahren Bürgermeister bin und als solcher viele Ehebündnisse begehrt habe, weiß ich, daß zu einer Hochzeit, in diesem Falle zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die Zustimmung beider Parteien notwendig ist. Es genügt nicht, daß die Staatsmänner beider Länder den Willen zur Zusammenarbeit haben, die öffentliche Meinung muß uns folgen, ob sie uns helfen will. Ich fordere daher alle vernünftigen Menschen, die guten Willens sind und den Frieden lieben, auf, unsere Bemühungen zu unterstützen.“

Arbeiterinternationale fordert Abrüstungsaktion

Zürich, 26. Juni (Ein. Drabitzbericht). Das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale erklärt zu dem Appel Hoover's an die Abrüstungskonferenz folgende Kundgebung:

Die Vorschläge der Vereinigten Staaten haben die Abrüstungskonferenz, die in den technischen Diskussionen zu verhandeln drohte, die Möglichkeit eröffnet, aus der Sachlage herauszutreten. Die Abrüstungskonferenz ist nicht nur entscheidende Bedeutung, sondern in allen Punkten entscheidende Lösung des Problems, vor dem die Abrüstungskonferenz steht. Sie bezieht in wichtigen Punkten der Erklärung, so durch eine weitgehende Herabsetzung der Militärbudgets, das Verbot der privaten Herstellung und des privaten Handels mit Waffen und Munition, eine strenge internationale Kontrollorganisation, ein internationales Statut der zivilen Flugschiffahrt. Die Annahme der amerikanischen Vorschläge würde nur einen ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung und eine Herabsetzung der Rüstungen bedeuten. Aber eine Zurückweisung der amerikanischen Vorschläge würde die Hoffnungen auf ein Gelingen der Abrüstungskonferenz zerstören und die europäischen Regierungen mit der Verantwortung belasten, die Lösung aller dringlichen Probleme unentbehrliche Mitarbeit der Vereinigten Staaten und die internationale Zusammenarbeit im Kampfe gegen die Weltwirtschaftskrise zu gefährden. Es gilt daher in diesem entscheidenden Augenblicke, die Regierungen aller Länder zu warnen, die Möglichkeit ernsthafter Fortschritte der Abrüstungskonferenz nicht zu zerstören. Es gilt, alle Kräfte einzusetzen, um den Widerstand der offenen und versteckten Feinde der Abrüstung zu brechen. Das Büro vertraut darauf, daß die Arbeiterparteien aller Länder die Bedeutung des Augenblicks erkennen und überall sofort energische Aktionen einleiten, um für ihre Forderung nach Abrüstung und Frieden zu demonstrieren und auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, damit der gegenwärtige kritische Moment zur Durchsetzung ernsthafter Abrüstungsmöglichkeiten ausgenutzt wird.“

Freistaat Baden

Fremdenverkehr mit Hakenkreuz

So wird in der Bäderstadt „Nessame“ gemacht

Aus Baden-Baden wird uns geschrieben: Der bekannte günstige Wind weht uns nachstehendes Rundschreiben zu: Verein Baden-Badener Hotelbesitzer e. V. Baden-Baden.

Baden-Baden, 20. Juni 1932

An unsere Mitglieder! Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), Bezirksleitung Baden-Baden, übersendet uns eine Einladung zu der am Dienstag, den 21. Juni 1932, abends 8.30 Uhr, im Saale des Sängerbauers „Nessame“ stattfindenden öffentlichen Versammlung. Dr. Jentner, Diplomat, Karlsruhe, wird über das Thema: „Das Dritte Reich kommt! — Was wird aus der deutschen Wirtschaft und dem Mittelstand“ sprechen. Wir geben unseren Mitgliedern diese Einladung bekannt, mit der Bitte, derselben nach Möglichkeit Folge zu leisten.

Mit Vereinsgruß

Verein Baden-Badener Hotelbesitzer e. V. Der Vorsitzende: Ges. Karl Bieringer.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß in einer internationalen Bäderstadt so etwas vorkommen kann. Verständlich ist dieses Schreiben nur von dem Gesichtspunkt aus, daß damit einigen Herren Hotelbesitzern Gelegenheit gegeben werden sollte, zu hören, wie sie im Dritten Reich ihre langen und hochangewachsenen Steuerhulden „loswerden“ können. Wir möchten annehmen, daß der so unterfützte Einladung verschickene Hoteliers gefolgt sind und daß auch einige sich an den Heulreden des „Diplomanten“ begeistert haben. Wenn wir eine Empfehlung an diese Herren hätten, so wäre es die, in Zukunft alle bei ihnen vorpredigenden Fremderaffigen Kurgäste an die Kollegen zu überweisen, welche an ihrer leiblichen Ansehung, Baden-Baden sei eine Fremdenstadt, in der man die Politik von den Besuchern fernhalten soll, festhalten wollen. Vielleicht läßt es sich auch ermöglichen, daß die Namen derjenigen, die sich in der Richtung Hakenkreuz umstellen wollen oder umgestellt haben, an den „Nessamen“ angebracht, in der Stadt herumgeführt werden, damit kein Fremder lange herumfragen muß. Auch eine Jagde mit dem „berühmten Kamelkreuz“, welche die Gefinnung des Inhabers kennzeichnet, empfehlen wir diesen Herren an ihren Hotels anzubringen. Dem Verein Baden-Badener Hotelbesitzer sei geraten, zur „Führung des Fremdenverkehrs“ in diesem Sinne fortzufahren. Kirofta.

Die todgeschwiegene Abstammung des Generals

Wir lesen im Badischen Beobachter: In Heidelberg starb vor kurzem im Alter von 88 Jahren der bekannte Kavalleriegeneral Walter von Rohrer. In den Nachrichten, die ihm die verschiedenen Zeitungen widmen, wird die besondere Tapferkeit des Verstorbenen mit Nachdruck betont. Schamhaft verschwiegen wird jedoch in der Rechtspreffe, daß der General jüdischer Abstammung war. Er wurde, wie in den Memoiren des Fürsten Bülow (Bd. IV, S. 231) zu lesen ist, als Sohn eines jüdischen Bankiers geboren. Bereits im Jahre 1870/71 zeichnete er sich durch seinen persönlichen Mut aus. Interessant ist, daß das Offizierskorps der Königschularen sich zunächst weigerte, den jungen Juden zum Offizier zu wählen. Fürst Bülow schreibt hierüber:

„So kam es zu einem der wenigen Fälle, in denen Wilhelm I. ein Offizierskorps zwang, einen ihm nicht genehmen Vorgesetzten in seinen Kreis aufzunehmen. Der König ließ den Offizieren sagen, er würde die Nichtwahl des Vorgesetzten als eine persönliche Kränkung empfinden. Daraufhin zum Offizier gewählt, machte sich Rohrer sofort dadurch eine gute Stellung, daß er einem anderen Fähnrich, der sich seiner Wahl besonders lebhaft widersetzt hatte, in einem Duell einen tüchtigen Schwabenschuß über den Kopf gab.“

Der junge Offizier avancierte schnell und war zuletzt während des Weltkrieges stellvertretender kommandierender General. Zu seiner Beförderung mit dem Schwarzen Adlerorden äußerte sich Fürst Bülow:

„Eine wohlverdiente Auszeichnung für einen Mann, der sich in zwei Feldzügen bewährt, der ein ausgezeichneter Offizier gewesen war und außerdem einer der besten Reiter der Armee, der zweimal das Große Armeekreuz gewonnen hatte.“

Die neueste Gumbel-Hege

Im großen Saal der Heidelberger Stadthalle veranstalteten die Deutsche Studentenschaft Heidelbergs, der Nationalsozialistische Deut-

liche Studentenbund und die Stahlhelm-Hochschulgruppe eine Kundgebung gegen den neuen Fall Gumpel. Man hatte auch die reaktionären Studenten aus anderen Universitäten und Hochschulen eingeladen, sogar ein Vertreter aus Berlin war am Abend. Der Vorsitzende der deutschen Studentenschaft konnte auch eine lebhafte Exzellenz, den Herrn von Reichenau begrüßen, der als kaiserlicher Gesandter a. D. Pensionbesitzer der Republik ist, aber es fertig bringt, mit allen Mitteln diese Republik zu bekämpfen. Es sei nur an das Nazikaffeebrühen auf Schloß Rothenberg erinnert, welches so unheimlich geföhrt wurde. Neben diesem erlebten Kranz von Gästen war auch Prof. Dr. v. M. d. R., augen, der den badischen Naziabgeordneten Wagner vertrat.

Das Ende der evangelischen Volkskirche

Vom Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten wird uns geschrieben: In der Neuen Züricher Zeitung vom 12. Juni 1932 schreibt „ein deutscher Protestant“, der offenbar dem religiösen Sozialismus ganz fern steht, eine Betrachtung: „Die evangelische Kirche und Hitler“. Er schildert die Situation: Hitler versucht, die evangelische Kirche durch die Wahlen in Baden (am 10. Juli) und in Preußen (im November) zu erobern; die Kirchenregierungen stellen die im Verzicht: ernsthaften Widerstand entgegen.

Der Verfasser stellt fest, daß in Konsequenz der Grundanschauungen von Hitler und Rothenberg die völlige Aufhebung der christlichen Ethik liegt. „An Stelle der alle umfassenden Bruderliebe und der Demut, dieser wesentlichen Grundzüge christlicher Ethik, tritt das Massenprinzip, Wahrheitsstreben und Gerechtigkeit gegenüber Allen gelten als lächerliche Verkünderung des Machtwillens der Rasse in der Nation, als einseitiger „Objektivitätsmangel“, Macht und Herrschaft als die allein maßgebenden Prinzipien.“ Er schließt:

„Der Nationalsozialismus mit seiner Ausschließlichkeit, seinem rücksichtslosen Machtstreben, wird die evangelische Kirche mit Beschlag belegen. Er wird sie zur Parteikirche machen. Es ist kein Zufall, daß in der Vera Frid in Thüringen die Kirchenaustrittsbewegung ihren Höhepunkt erreicht. Die nationalsozialistische Einstellung zahlreicher evangelischer Geistlicher wird immer mehr dazu führen, daß die evangelische Kirche damit identifiziert wird. Bereits schlägt die Agitation der Gottlosen und Freidenkerhände daraus Kapital. Die Schwachen haben, die große Teile der sozialistischen Arbeiterkraft mit der Kirche verbinden, drohen immer mehr zu reihen. Die sehr ernste Gefahr besteht, daß die Kirche die letzte Möglichkeit des Dienstes an weiten Kreisen des Volkes verliert. Führt der Nationalsozialismus durch seinen fanatischen Hochpolitik zur Zerschlagung der Volksgemeinschaft, so wird es kirchlich das Ende der Volkskirche bedeuten. Man kann die Gefahren, die der evangelischen Kirche durch diese Entwicklung drohen, nicht ernst genug nehmen. Ihre bisherige Betragen gegenüber dem, was vom evangelisch-christlichen Standpunkt aus am Nationalsozialismus unbedingt abzulehnen ist, wird sich ihm rächen, wenn nicht sehr bald eine Erkenntnis der schweren Gefahr bei ihr Platz greift.“

Das schreibt ein bürgerlicher evangelischer Christ. Wir badischen religiösen Sozialisten haben bei jeder Gelegenheit in den vergangenen Jahren an die Erkenntnis der Kirchenleitung appelliert. Es war vergeblich. Man hat liebevoll die nationalsozialistische Bewegung in der Kirche toleriert. Man hat es gern gesehen, daß sie so stark wurde. Vielleicht ist es erst dann den politischen Kirchenführern etwas unheimlich geworden, als der Katholik Adolf Hitler sich einfach ignorierte und in Baden seinen getreuen Pfarrer Teusch (Wentershausen) an die Spitze der „Evangelischen Nationalsozialisten“ stellte. Nun wetteifern die beiden „positiven Christen“ miteinander um die Stimmen der nationalsozialistischen und nationalsozialistischen Kreise des Bürgers- und Bauernums. Beide versuchen, daß bei ihnen die nationalen Belange des Volkes am besten aufgehoben seien; beide beteuern, daß sie am stärksten gegen die bösen religiösen Marxisten kämpfen würden.

Aber der Kundige weiß, daß dies nur ein Scheinampf der beiden geistesverwandten Brüder bzw. Schwäger ist (Pfarrer Teusch ist der Schwager des Führers der Positiven, des Pfarrers Bender in Mannheim). Es ist schon allerlei durchgedröhrt über die Bedingungen, unter denen noch der Wahl eine Koalition der beiden Gruppen abgeschlossen werden soll. Wir werden darüber noch Einzelheiten mitteilen. Man will die alte reaktionäre Obrigkeitstheorie wieder aufrichten!

Wir fragen alle wahlberechtigten Glieder der evangelischen Kirche, die im Nationalsozialismus ein Unheil für unser Volk sehen: „Wollt ihr, daß das Dritte Reich in eurer Kirche und durch sie in unserem Volk verwirklicht wird? — Die Antwort ist ein vielstimmiges Nein!“

Denkt daran bei den Kirchenwahlen am 10. Juli!

Bund religiöser Sozialisten.

Ostpreussische Luftschugübung

WTB. Königsberg, 25. Juni. Die gestern mit der gelungenen Vernebelung des Grodkrautwerkes in Friesland zu Beobachtungs- zwecken fortgesetzte dreitägige Übung des stollen Luftschutzes in Ostpreußen erreichte heute mit einer Melde- und Bereitstellungsübung in Elbing und eine ebensolche am Nachmittag in Königsberg ihr Ende.

Der schwerindustrielle Subventionskandal

Im Laufe des Dienstag hat man Einzelheiten über den Gelsenkirchener Subventionskandal erfahren. So hört man, daß das Reich für das Gelsenkirchener Paket etwa 85 bis 100 Millionen Mark nominell, den horrenden Kurs von 90 Prozent bezahlt hat. Um den Standpunkt zu erkennen, sei mitgeteilt, daß der Kurs für Gelsenkirchener von einiger Zeit noch auf 20 Prozent lag und dann in den letzten Tagen durch die bekannten Börsenmanöver auf 40 Prozent getrieben worden ist.

Das Gelsenkirchenerpaket wird das Reich rund 100 Millionen Mark kosten.

Davon erhält die Bildgruppe ein Drittel in bar. Ein weiteres Drittel wird benutzt, um die Schulden der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. bei verschiedenen Banken, vor allem bei der Dresdener, zu tilgen. Das letzte Drittel dient dazu, um die Tochtergesellschaften der Charlottenhütte, dem Stammes Bilds, zu sanieren,

Im übrigen beginnt

die Suesenbergsche Telegraphenunion mit einer großen Entlastungsaktion.

Sie behauptet, das Ausland habe Bild schon früher mehrfach angeboten, das Gelsenkirchener Paket, also die Schlüsselstellung für die Vereinigten Stahlwerke zu kaufen. Um eine Ueberfremdung der Vereinigten Stahlwerke zu verhindern, habe sich dann das Reich zu der vorliegenden Subvention entschlossen.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, geht aus einer Darstellung der schwerindustriellen Berichterstattung hervor. Sie veranschaulicht, daß die Herrschaft Bilds über die Vereinigten Stahlwerke spekulativ, d. h. auf Kredit aufgebaut war. In dem schwerindustriellen Blatt lesen wir u. a.: „Bei der Gruppe Bild war der finanzielle Aufbau der Majoritätsaktion durch Kredite die schwächste Seite. Eine derart labile Lagerung der Verhältnisse konnte der herrschenden Kreditkrise und dem gleichwertigen Verfall der Kurse auf die Dauer nicht gemachen sein. Die Konjunktur ist Friedrich Bild in die Quere gekommen.“

Das heißt mit anderen Worten:

bei seinen wahnwitzigen Spekulationen ist Friedrich Bild reingefallen und das Reich bezahlt jetzt seine Verluste. Um den Stand in der Öffentlichkeit zu mindern, schiebt man von Ueberfremdungsgefahr durch das Ausland.

Das Haus Mendelssohn u. Co., Berlin, erklärt verschiedenen Zeitungsmedien gegenüber, daß es in keiner Form an Verkaufsverhandlungen betreffend Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. oder der Vereinigten Stahlwerke A.G. beteiligt sei.

Nationalsozialistische Bürgerkriegsallüren

Am Freitagabend fand, wie uns berichtet wird, in Grödingen eine nationalsozialistische Versammlung statt, zu welcher Sozialdemokraten und Kommunisten ausdrücklich eingeladen waren. Dortin waren eine größere Anzahl Kommunisten und auch eine geringere Anzahl Sozialdemokraten erschienen, um das zu erwartende Redewort anzuhören. Durch ausgestellte Posten hatten die Nationalsozialisten bald ermittelt, daß ein größerer Zuzug aus Durlach stattfand, als sie erwartet und sofort an offenbar bereitgestellte Verpflegung aus dem ganzen Pfingst- und circa 120 Mann aus Karlsruhe herbeizitiert, die zum Teil auf Postautos, auf Fahrrädern und Motorrädern ankamen. Da aber nach Beendigung der Diskussionen sowohl die Grödingen, wie die Durlacher Sozialdemokraten und Kommunisten den Saal verließen und sich auf den Heimweg machten, und so den Nationalsozialisten jede Veranlassung, Schlägereien zu inszenieren, nahmen, die Herren SA. und SS. aber nicht „unergründeter“ Sache heimfahren wollten,

fielen sie ohne jeden Anlaß und mit „kolossalem Helldemut“ und in mehrfacher Uebermacht über einen Trupp Nachzügler, etwa 15 Personen, der nach Durlach zurückkehrenden her, wobei auch dreimal geschossen und ein Kommunist mit einem Seitengewehr verletzt wurde.

Das Einereisen eines Notrufes der Polizei beendete indessen rasch die Sache. Nachher, als die Nazis, begleitet von der Polizei, durch Durlach zogen, kam es noch an zwei Stellen zu Plänkelleien und Heiberereien, da es natürlich rasch bekannt geworden war, wie provokatorisch die Herren auf der Grödingen Straße verfahren waren, so daß sich dann die aus dem Polizeibericht vom Samstag bekannten Vorgänge abspielten.

Wie die Nazirömbgen in Durlach hausten

Darüber schreibt uns ein Augenzeuge:
In der Blumenstraße trat die Nazifolke auf verschiedene Durlacher Einwohner, die dort beisammen standen. Auf einmal erkundete das Kommando: a b i t e n. Die Nazis stiegen ab und im Nu gingen sie auf die Leute los. Ein Reichsbannermann, der das Pfeilschießen trug und dadurch als Mitglied der Eisernen Front erkennbar war, wurde mit Gummitruppeln und Schlagringen bearbeitet. Ein Naziheld schrie ihm zu:

„Wenn du nicht still bist, dann schick ich dich tod.“
Nach dieser Heldentat sind dann die Nazihelden davongefahren.

Kleine bad. Chronik

Eine gefährliche Sprengung

* Herbolzheim, 26. Juni. Im hiesigen Steinbruch wurde gestern abend nach 3 Uhr eine größere Sprengung vorgenommen. Zahlreiche Neugierige hatten an der Landstraße, etwa 300 Meter von der Sprengstelle, Aufstellung genommen, um diesem Schauspiel zuzusehen. Nach der Berechnung der Sachleute sollten Sprengstücke kaum über den Rand des Steinbruchs kommen. Es kam jedoch anders. Mit ungeheurer Gewalt flogen die Steinmassen durch die Luft und ein Steinregen prasselte auf die entsetzten Zuschauer nieder, von denen glücklicherweise nur zwei leichtere Verletzungen erlitten. Verschiedene Fahrräder und Autos, sowie ein Wagen, die auf der Straße standen, wurden beschädigt. Der Furchenabstand ist bedeutend.

Von der Gewalt der Sprengung kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man hört, daß ein etwa ein Zentner schweres Steinstück ungefähr 700 Meter von der Sprengstelle gefunden wurde. Die Sprengung war von den Aufsichtsbehörden genehmigt worden, doch muß die von den Sachleuten errechnete und zur Verwendung angeordnete Sprengladung zu stark gewesen sein.

Kind tödlich verunglückt

* Mannheim, 25. Juni. Gestern vormittag 10 Uhr wurde ein fünf Jahre alter Knabe, dessen Eltern in der Schwefelinger Landstraße wohnen und der von seinen Eltern fortgeschickt war, um in einer nahe gelegenen Hühnerfarm Eier zu holen, auf dem Heimwege von einem aus Richtung Schwefelingen kommenden Auto aus Stuttgart angefahren und derart schwer verletzt, daß er bald darauf gestorben ist. Das Kind hat auf dem Heimwege unter Kirchsäumen nach Kirchen gesucht und offenbar nicht auf das Auto geachtet. Inwieweit den Führer des Autos ein Verschulden trifft, konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden.

Tödlicher Sturz vom Baum

* Oberweier (Amt Lahr), 25. Juni. Gestern vormittag stürzte der 27 Jahre alte ledige Landwirtssohn Konrad Hant von einem Kirchsbaum dadurch, daß ein Ast brach. Mit einem Bruch der Wirbelsäule wurde er ins Krankenhaus eingeliefert, wo er heute gestorben ist.

* Rheinhausen (Amt Bruchsal), 27. Juni. Auto fährt in den Rhein. Auf dem Fahrweg zwischen dem Rheinbamm und der Rheinstraße nach Speyer stürzte ein Stuttgarter Personenauto, als der Fahrer rückwärts nach dem Zufahrtsweg der Schiffbrücke feuerte, die Böschung hinunter. Die Insassen des Autos konnten sich jedoch glücklicherweise retten. Nur mit großer Mühe konnte der Wagen aus dem Wasser gezogen werden.

* Destringen (Amt Bruchsal), 25. Juni. Unfall. Gestern mittag geriet der 24jährige Arbeiter Sedert bei Bearbeiten unter eine umkippende Lore. Er mußte mit einem doppelten Beinbruch in das Weidbacher Krankenhaus verbracht werden.

* Offenburg, 25. Juni. Bewaffneter Sitzstuhlsattentäter gefaßt. Von der Gendarmerie Offenburg wurde der überbelebte

deten Jolech Rogg aus Gremelsbach bei Tribera festgenommen. Er war verdächtig, einen Notzuchtverbrechen mit Waffengewalt an einer Frau aus Ruckbach verübt zu haben. In der Untersuchungsphase gestand er nicht nur diesen, sondern gab freiwillig auch zu, am 24. Mai auf der Landstraße Hirsch-Gengenbach die Hildegard Gieseler aus Zell a. S. angefallen und durch zwei Schüsse verletzt zu haben.

* Kirchberg a. d. Jagst, 25. Juni. Verhaftet mit dem Spirituslöcher. Durch die Explosion eines Spiritusföchers gerieten die Kleider der Frau des Kammermeisters Heichel in Brand. Die Unglückliche erlitt auf der ganzen Vorderseite des Körpers 10 schwere Brandwunden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Aus der Stadt Durlach

Parteiversammlung

Gen. Glas gab zunächst in gedrängter Form ein übersichtliches Bild von der letzten Wahlkreisversammlung in Karlsruhe, woran sich sofort die Parteiverammlung zum Offenburg-Parteitag anschloß. Gen. Glas, wie auch Gen. Walsgraf, welche letzterer den Parteitag eröffnete, beschäftigten sich eingehend mit der Kandidatenfrage, letzterer referierte besonders noch die Ausführungen des Gen. Weitzel, welche er als ein glänzendes und fruchtbares Referat bezeichnete. Die Aussprache, an welcher sich circa 10 Genossen und Genossinnen beteiligten, beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Lösung der Kandidatenfrage, das Für und Wider wurde eingehend besprochen.

Sobald machte Gen. Walsgraf noch einige wichtige Mitteilungen, welche sich auf die Organisation des Wahlkampfes bezogen und von der stark besuchten Versammlung mit großem Interesse entgegengenommen wurden.

Die Eisene Front

hielt am Samstag abend im „Lamm“ eine sehr gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Gen. Walsgraf ein Bild der Krieger, die zur Reichstagsauflösung führten, in gedrängter, plastisch umfänglicher Darlegung gab und in welcher nach einer kurzen, aber sehr interessanten Aussprache alle Maßnahmen, die für den Wahlkampf notwendig sind, erörtert wurden. Mit dem Kampfruf „Freiheit!“ und dem Wahlslogan des Tages „Brot, Arbeit, Sonne, Freiheit!“ schloß der Vorsitzende die von vorzüglichem Geiste getragene Versammlung.

Marktbericht über den Schweinemarkt am 25. Juni 1932. Es waren mit 104 Käufern und 129 Verkäuferinnen, verkauft wurden 80 bzw. 129, Preis pro Paar 30—40 bzw. 18—28 M.

Aus aller Welt

Zusammenstoß auf der Elbe

NRN. Hamburg, 26. Juni. Eine mit Ausflüglern besetzte Barkasse geriet heute abend auf der Elbe vor den Bug des Dampfers „Gaststätte“ der Reederei unter und wurde leicht gestreift. Ein Teil der Ausflügler wurde über Bord geworfen, andere sprangen ins Wasser. Nach den bisherigen Feststellungen ist jedoch niemand ertrunken.

Goethe-Universität in Frankfurt a. M.

Samsdag veranstaltete die Frankfurter Universität ihre Goethefeier. Nach der Eröffnung durch Sachs 3. Brandenburgerisches Konsortium ergriff der derzeitige Rektor Professor W a d e l u n g das Wort zur Begrüßung. Er verlas ein Schreiben des Kultusministers Dr. Grimme, der der Frankfurter Universität auf Wunsch des Kuratoriums und des Senats den Namen Johann Wolfgang Goethe-Universität verlieh.

Danziger Großdruckereibetrieb mit Familie in den Tod gegangen

NRN. Danzig, 26. Juni. Heute früh wurde der in Danzig wohlbekannteste Kaufmann Gerhard Dix, der Besitzer der Großdruckerei Dix u. Co. in Danzig zusammen mit seiner Frau und seinen beiden Kindern mit Gas vergiftet tot aufgefunden.

Feuer in Darmstädter Fabrik

Darmstadt, 26. Juni. Am Mittwoch brach aus noch ungeklärter Ursache in der Säurehalle der chemischen Fabrik Wert in Darmstadt Feuer aus. Die Feuerwehr, die sofort zur Stelle war, ist noch mit den Löscharbeiten beschäftigt. Der Schaden soll beträchtlich sein.

Schmelzing nach Europa abgereist

Neuenort, 26. Juni. Schmelzing hat die Heimreise nach Europa angetreten. Große Scharen der für den Bosphort begehrten Bevölkerung waren zum Hafen geflohen und bereiteten ihrem Helben bei der Abfahrt fürwilde Kundgebungen.

Vereinsanzeiger

Die in 4 Zeilen 50 Pfg. die Zeile
Vereinsangezeiger finden unter dieser Rubrik in der Regel freie Aufnahme, aber werden zum Refraktionspreis berechnet.
Karlsruhe.
F.Z.R., heute abend 8 1/2 Uhr Turnveranstaltung in der „Gombinushalle“.
3443

Wasser und Wasser ist nicht dasselbe!

Wettungsmöller schmeckt gut; Regenwasser dagegen nicht. Und beim Waschen ist es so: Da nimmt man lieber das Regenwasser, weil darin die Waschlauge besser schäumt. Leitungswasser und Brunnenwasser ist — das müssen Sie sich merken — immer hart und seifenfeindlich. Aber woher weiches Wasser nehmen, wenn — die Regenwolke kehrt? Einfach: Sabel! Mit ein paar Handvoll Sabel-Wasser machen wir selbst das härteste Wasser im Handumdrehen wunderbar weich und zum Waschen geeignet.

Gewerkschaftliches

Eisenbahner und Sozialreaktion

Die Pflicht zur Aktivität

Schon jahrelang schreibt die Reaktion, die Sozialgesetzgebung ist schuld an der Wirtschaftskrise. Aber trotz allen Abbaues in der Sozialversicherung hat sich die Krise immer weiter verschlimmert. Auch die Eisenbahner, die man mit dem Räder der gesicherten Existenz an die Bahn lockte, mußten die bittere Erfahrung machen, daß die Krise bei ihnen in keiner Weise Halt macht. Nicht nur die erhöhten Lohnabbau und Entlassungen mußten sie sich gefallen lassen, sondern sie wurden auch in der Sozialversicherung weit hinter die Vorkriegszeit zurückgeworfen.

Es war deshalb die am letzten Freitag im Volkshaus stattgefundene Eisenbahnerversammlung, die sich mit den neuen Belastungen durch die Notverordnung der Baronsregierung und dem Stand der Betriebskrank- und Arbeiterpensionskasse befaßte, überaus beachtlich. Früher waren die Versammlungen der Eisenbahner, die sich mit der Sozialversicherung befaßten, immer sehr leidet. Wenn dies nun anders gemorden zu sein scheint, so haben die Notverordnungen der Reichsregierung wenigstens das Gute gebracht, daß die Eisenbahnerproleten erwacht sind.

Der Vertreter der Arbeiterpartei in der Kranken- und Pensionskasse, Rolf Sprell, hatte das Referat übernommen und betonte dabei, daß die Krankenkasse durch die Beteiligung des Zuschusses des Reiches bei der Wochenkasse eine neue Belastung von 70 000 Mark erfahren hat.

In der Unfallversicherung laufen gegenwärtig 3 600 000 Renten mit einer Rentenlast von 1 Milliarde Mark. Die Unfallrenten werden durch die neue Notverordnung der Baronsregierung pro Monat um 6 M. gekürzt, die Witwenrenten um 5 M. und die Waisenrenten um 4 M. monatlich. Die Unfallrenten werden um 15 Prozent gekürzt. Renten, die nach dem 1. Juli 1932 festgesetzt werden, fallen unter eine andere Regelung, die eine weitere Verkürzung darstellt.

Der Grundbetrag der Rente wird jährlich um 84 M. gekürzt. Durch den Abbau geht der B-Rasse durch Rückzahlung der geleisteten Beiträge im laufenden Jahre ein runder Betrag von 300 000 M. verloren.

Wie gewaltig die Abzüge der Notverordnung der Baronsregierung in den Existenzkampf der Eisenbahner eingreift, erhellt schon die Tatsache, daß bisher die Durchschnittsrente in der Unfallversicherung 38—40 M. monatlich betragen hat und in der Abteilung 37 M.

Und eine Regierung, die solche unerhörten Angriffe auf die Existenz der Arbeiterpartei unternimmt, wird unterstützt von einer Partei, die sich Arbeiterpartei nennt und die nur durch die Geldrei über die hohen Gehälter und das Wirtschaftselend der Massen hypnotisiert hat. Ihren wahren Charakter hat diese Sozialpartei erneut im preussischen Landtag offenbart, wo sie es nicht hindert hat, daß die Gehälter über 12 000 M. weggesteuert und der Fürsorge zugeführt werden.

Die Notverordnung der Baronsregierung belastet die Arbeiterpartei mit mehr, als es je eine Notverordnung Brünings getan hat. Und die Eisenbahner protestieren deshalb mit aller Entschiedenheit gegen den Raubzug der Baronsregierung auf die Taschen der Arbeiterpartei.

Rolf Sprell betonte noch, daß die Arbeitslosenversicherung durch die neue Notverordnung um 230 Millionen Mark zu Lasten der Arbeiterpartei entlastet wird. Die Eisenbahner haben deshalb alle Ursache, bei den kommenden Reichstagswahlen auf dem Damm zu sein, daß die Reaktion nicht noch weitere Trümmer feiern kann, sondern alles zu tun, daß der Faschismus gründlich aus Deutschland geschlagen wird und daß endlich in Deutschland wieder Verhältnisse leben halten, unter denen es sich als Mensch menschenwürdig fühlen läßt.

Die Ausführungen der beiden Redner wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und zum Beweise des einmütigen Einverständnisses mit demselben wurde von festlicher Diskussion abgesehen.

Der Betriebsratsvorsitzende des RAW machte sodann noch längere Ausführungen über den vergangenen Abbau, wobei er betonte, daß, wenn alle die Anordnungen der Direktion von der Belegschaft verständnisvoll durchgeführt werden, der Abbau für dieses Jahr überstanden sein wird.

Der Verammlungsleiter hielt noch eine begeisterte aufgenommene Schlussansprache, in der er die Notwendigkeit der höchsten Reichstagswahl hinwies.

Somit konnte es vieldenkt das letzte Mal gemeint sein, daß wir uns an Reichstagswahlen beteiligen.

Denn wenn der Faschismus fest, wird er sich mit brutaler Militärs- und Polizeigewalt an der Macht zu halten suchen, auch wenn ihm der letzte heute befeuerte Nazist längst den Rücken gefeiert hat. Und es wird den faschistischen Diktatoren nicht im Traum einfallen, die Volksmassen durch Reichstagswahlen entgegenzubringen zu lassen, so sie dem faschistischen Regiment Vertrauen entgegenbringen wollen.

Das hat der Faschismus noch in allen Ländern bewiesen, wo er die Macht hatte und er wird es auch in Deutschland nicht anders machen. Die Diktatur ist doch das Wesen des Faschismus und das Wesen, dem kein wütender Kampf gilt, ist das den proletarischen Massen heilige demokratisch-parlamentarische System. Für dieses System der politischen Gleichberechtigung sind ihr jahrzehntelanger Kampf und sie werden dieses System mit Zähnen und Nägeln, mit dem Einkick ihres Lebens verteidigen, wissen sie doch, daß es der einzige Weg ist, der zu ihrem weitergehenden Ziele, der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, führen wird. Sie wissen auch, daß, wenn ihnen dieses System genommen wird und das von den Faschisten ertriebene System der Herrschaft des Herrenfußes wieder eingeführt wird, sie wieder zurückgeworfen werden in die hinterste Gliedsseite des Arbeiterdalens, aus der es für die heutige Generation keine Befreiung mehr geben wird.

Die überfüllte Volksversammlung war deshalb auch sehr freudig bewegt und begeistert mitgerissen als der Verammlungsleiter auch die Eisenbahner mit den neuen Kampfmethoden Sozialpartei, der Gewerkschaften und der Eisernen Front beauftragte und sie stimmte begeistert in den Kampfruf „Freiheit!“ mit dem die überfüllte Volksversammlung geschlossen geschlossen wurde.

Der Streik der Berliner Baukempner (Gas- und Wasserzählerleger) in den Innungsbetrieben ist mit einem Erlaß für die Arbeiter beendet worden. Es kam zu einer Vereinbarung, die den Stundenlohn auf 1,16 Mark festsetzte. Die Unternehmer wollten 1,08 Mark geben.

Der Streik im Kölner Hafen ist beigelegt worden.

Und immer wieder: treppauf-treppab!



Haus Riemenung lebt von der Reue —
Ja, wenn man davon leben könnte!



Mensch, Haus, von Dir kann ich nichts nehmen!
Ich muß mich vor mir selber schämen!



Beim Freiheitsofer fehl' ich nicht!
Mit wem hat' nächstes Mal wohl spricht?

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

1848 Franz. Nationalversammlung beschloß Deportation der Juni-
kämpfer. — 1929 Republikfluchtgesetz im Reichstag gefaßt. — 1890
"Amer. Schriftsteller Helen Keller. — 1922 Demonstrationen gegen
gegen die Mörder Rathenau und die Feinde der Republik.

Der Gitterstrumpf

Als kleine Mädchen haben wir staunend und andächtig
vor den Strümpfen unserer jungen Tanten gestanden. Wir
trugen bestenfalls baumwollene Wadenstrümpfe im Som-
mer, sie gingen „durchbrochen“ — auch im Winter. Die Mütter
schimpften: „Und stopfen wollen sie überhaupt nicht mehr.
Sie merken die Strümpfe einfach in den Ofen, wenn Lohrer
drin sind!“ Es wurde den lieben jungen Tanten ein schlim-
mes Ende prophezeit: an der Schwindsucht oder vielmehr
ein reicher Freund . . .

Im Sommer hatten wir ganz ohne Strümpfe gehen ge-
lernt. Mit Nadeln! Netten kleinen Söckchen aus handfestem
Material, die billig waren und nicht so leicht entzwei gin-
gen. Das Angenehmste daran war, daß man sie nicht zu be-
festigen brauchte wie lange Strümpfe. Die Beine aber waren
braungebrannt und gesund, die Beine hatten eine so gut-
fingrige Haut, daß kein wollener Strumpf nützlich und
schöner aussehen konnte.

Die Mode ist in diesem Jahr luftiger geworden. Aus den
Strümpfen des Winters wurden die „Spannstoffe“ für das
Sommerkleid. Richtige Gardinenmuster! Man nehme einen
entzwei gegangenen Fensterbehang, schneide, wie bei einem
Lafan, aus dem man noch schnell ein paar Sandbläser macht,
das Dünngewebene und zerfetzte heraus und mache sich
aus dem Rest ein Sommerblüschchen, unter dem Trägerrod zu
tragen . . .

Nun kommt meine kleine Tochter aufgeregt nach Hause:
„Mutter, ich habe heute eine Frau gesehen, die hat aber einen
praktischen Strumpf angehabt! Lauter Pöcher drin. Da kann
sie sich gut tragen, wenn sie Müdenische hat! Und wenn er
dann kaputt ist, sieht man es doch gar nicht so genau . . .“

Meine kleine Tochter stopft gar nicht gern Strümpfe,
genau so ungern wie wir in diesem Alter, als wir netzich
auf die „Durchbrochenen“ der jungen Tanten sahen. Aber
ich weiß nicht — ein Spitzenmuster auf der schönen, glatten
braunen Haut? Man soll die sommerliche Natur lieber nicht
bedauern! Sie sieht dann gar so „vergittert“ aus . . .

Presse-Lasuba

Keiner Regen riesselt am Samstagnachmittag, als wir zum
Stadion der Technischen Hochschule gingen. Mittraufsch sieht
man zum Himmel und ist beifroh, wenn es nur ein Kleinwetter
durchläßt. Trotzdem herfstlich, dem Sportplatz schon großer
Betrieb. An der Aufsicht vor der Tribüne merkt man, daß
hier etwas Großes vor sich geht. Kaum kann man noch einen
einzelnen Platz bekommen. Die Polizeipolizei spielt unter
der Leitung von Herrn Polensky eine schneidende Weise da-
zu werden vom Karlsruher Polizeisportverein ergatte
Freiübungen vorgeführt. Dann belebt sich das Spielfeld. Eine
Kampfmannschaft spielt gegen die Polizeioffiziere Hand-
ball. Die Meister des Körpers kamen hier gegen die Hüter der
öffentlichen Ordnung nicht so ganz auf. Trotzdem gab es hüben
und drüben Tore. Dem Auge des Geistes im Tor ist auch so
mancher Ball entgangen. Trotzdem hatten beim Zusammen-
stoßen die Verste noch zwei Tore mehr. In der Baue war ein
Massenpeperwerfen. Ein wunderbarer Anblick: prachtvolle
Haltungen und dann beachtliche Weiten beim Wurf. Auch das
Ballspiel hat es sich nicht nehmen lassen, sein Glück auf dem
grünen Rasen zu suchen. „Gefährlich aus dem Wiener Wald-
war eine Einführung vom neuen Balletmeister des Landes-
theaters. Gut Wienerisch. Die drei Einzelpaare des Landes-
theaters übten in Grazie und Harmonie. Aber auch ohne
den Zauber der Kunst tanzten die Mädchen einen Marsch sehr
sauber. Unteroffizier war Hrl. Widmann, die über eine schnei-
dende Garde verfügte. Studenten von der Hochschule zeigten,
daß man am Motorrad auch recht spazieren machen kann.
Wer Lust hat Karussell zu fahren oder mal tauchelagen möchte,
probieren es. Vielleicht geht dazu aber auch ein wenig Übung?
Sportlich sehr interessiert hat ein Staffellauf 10x200 Meter,
der von Studenten, Polizeisportlern und Turnern gelaufen
wurde. Die Sportler liefen durchweg einen ausgezeichneten Still
und gewannen überzeugend in 4,08 Minuten. Die Turner
holten auf und bei dem letzten Meter schnappte er der Polizei
die „Wurst vor der Nase“ ab. Dann kam die Hauptfunktion
des Programms: das Fußballspiel Presse gegen
das Theater. Die Theaterleute erschienen mit einem kleb-
samen rot-weiß und hatten ein großer Teil des Publikums
hinter sich. Hinterher kam die Presse: blau-weiß. Die Theater-
leute haben ja schon manchemal bewiesen, daß sie auch auf
dem grünen Rasen „fischen“ sind. Ihr Ziel ist mehr „Schauf-
eln“. Sie haben Spaß an einem ordentlichen „Kud“. Die Leute
von der Presse arbeiten mit Berechnung. Mit 3 Toren ziehen
die Presseleute von hinten. Der Herr Ober dankt in einer ly-
rischen Ansprache für den schönen Lokal. Das Sporthaus
Freundlich zeigte das Neueste vom Bad. Dann kamen noch
übungen am Sprungtisch, Ring- und Langstabsübungen der
Polizei und zum Schluß ein Motorradgeschicklichkeitsspiel, das
von allerhand Können zeigte.

Die Veranstaltung die zu Gunsten der Unterhaltungsstufe
des Presse-Vereins war wurde so ein voller Erfolg. Ein paar
Tausend Leute mögen auf dem Platz gewesen sein. Als es dann
zu regnen anfangt mag der Rastler gedacht haben: „Von mir
aus — solls regnen!“

Luftfahrt tut noi

Nicht jeder Leser wird mit der Auffassung, daß Luftfahrt tut
noi, einverstanden sein. Viele werden vielmehr die Ansicht teilen,
die im bodischen Landtag zu einer weitläufigen Rüstung des Rei-
ches für die Förderung der Luftfahrt führte, nämlich, daß der
Flugverkehr vorerst noch ein Monopol der Reichs- und Provinz-
regien sei, und deshalb die Aufbringung öffentlicher Mittel hierfür
nicht angänzlich sei. Rein Zweifel, daß diese Auffassung, insbeson-

dere unter Berücksichtigung der heutigen Notzeit, eine gewisse Be-
rechtigung hat. Wohl mag die Benutzung des Flugzeuges heute
noch nur ein Privileg der Besitzenden sein. War es aber mit dem
Fahrer einig nicht ebenso, das gleiche mit dem Motorrad, dem
Auto? Ja, vielleicht selbst mit der Eisenbahn? Sie alle sind heute
Verkehrsmittel der großen Allgemeinheit geworden.

Abgesehen davon: Wie groß ist heute schon das Heer der in den
Flugzeugfabriken beschäftigten Arbeiter und Angestellten? Die
Zahl der Flieger, die ja auch nur Angehörige sind, der Monteur,
Mechaniker und Arbeiter im Dienste des Flugverkehrs (siehe: „Und
hat sich nicht auch schon der Arbeiterfortschritt das Gebiet der Fliegerei
erobert? Wie viele Segelflieger, wie viele Piloten in Kleinmotorgeräten
fliegen, sind Arbeiter? Also, auch die Arbeiterklasse hat ein
Interesse am Flugsport. Sie muß Teilhaben an dieser neuesten und
aufwandsreichsten Errungenschaft der Technik.

Neuerst interessante Aufklärung über die deutsche Luftfahrt gab
in einer vom Oberdeutschen Verein für Luftfahrt Karlsruhe im
Saale des Vorlesenden des Vereins, Herr Robert A. Rees, Herr
Rechtsanwalt Hoffmann-Karlsruhe. Herr Hoffmann führte etwa
aus:

Der Deutsche Luftfahrt-Berband. Im Jahre 1931, dem Jahre des
weltweitgeschicklichen Zusammenbruchs und größter deutscher Not,
hat es der deutsche Luftfahrt-Berband (DLB), demnach aufstehende ge-
bracht, seinen Bestand auf der bisherigen Höhe von rund 32 000
Mitgliedern zu halten. Der Bestand an Motorflugzeugen hat sich
innerhalb eines Jahres von 84 auf 150 erhöht, also fast verdoppelt.
Die Zahl der ausgebildeten Flugschüler hat sich von 800 auf
1200 erhöht.

Daß die Segelfliegerei die große sportliche Sehnsucht der deutschen
Jugend ist, beweisen die 7800 Jungflieger (unter 21 Jahren), die
in den rund 200 Segelfliegergruppen des DLB, zusammengefaßt
sind. Der Segelfliegerverband hat sich im letzten Jahre um 295 Neu-
bauten auf die Gesamtzahl von 834 Segelflugzeugen erhöht. Inter-
essant und erfreulich ist die lokale Zusammenlegung der Jung-
flieger. Es sind 35 Prozent Schüler, 57 Prozent Arbeiter, 8 Prozent
Sonstige. Die Väter der Jungflieger sind zu 32 Prozent Arbeiter,
43 Prozent Angestellte und Beamte, 20 Prozent Gewerbetreibende,
5 Prozent freie Berufs- und Sonstige. Der älteste Luftsport, das
Freiballfahren hat sich auf seiner alten Höhe gehalten.

Der Oberdeutsche Verein für Luftfahrt in Karlsruhe. Einer der
ältesten Flugsportvereine Deutschlands ist der Karlsruher
Luftfahrtverein, der sich nun den neuen Namen „Oberdeutsche
Luftfahrtverein für Luftfahrt“ gegeben hat. Karlsruhe und der Ober-
deutsche Luftfahrtverein, der Vorort und führende Verein einer
jüngst gebildeten Arbeitsgemeinschaft der Fliegergruppen Mittel-
badens, der die Orte Rastatt, Baden-Baden, Bühl, Offenburg,
Lahr und Rehl angehören.

Die Vereinsfliegerschule Karlsruhe. Im Rahmen des DLB, und
nach dessen Ausbildungsbestimmungen wird die Vereinsfliegerschule
des Oberdeutschen Vereins für Luftfahrt in Karlsruhe auf ge-
meinnütziger Grundlage betrieben. In der Spitze des Vereins steht
als altbewährter Luftschiffer und erfahrener Verkehrsballonführer
Herr Robert A. Rees, dem die Leiter der einzelnen Ab-
teilungen für Motorflug, Segelflug und Freiballon zur Seite
stehen. Die Hauptlast der Arbeit und Verantwortung im praktischen
Sport- und Schulungsbetrieb ruht auf Herrn Ingenieur Rudolf
Reininger, dem ehrenamtlichen Fluglehrer der Fliegerschule. In
Herrn Reininger verlagert der Schulbetrieb über eine Vorkraft mit
ganz hervorragenden Fähigkeiten und Erfahrungen, die mit einem
überdurchschnittlichen pädagogischen Talent verbunden sind. Erst
vor wenigen Wochen ist auf dem Karlsruher Vereinsfliegerflugzeug,
einem Mercedes-Klemm-Einbender, dem meistfliegenden und best-
bewährten deutschen Sportflugzeug der 1000er Schiffschiff abgehört
worden. Der 1000er Flug, der 1000er Start, der 1000er Landung
ohne jeden Bruch, ohne Nachsichtensarbeiten, erst recht ohne Unfall
einer Person, dieses Schlußstück beweist besser als alles andere
die Zuverlässigkeit, die der moderne Flugbetrieb der Karlsruher
Vereinsfliegerschule seinen Schülern, Flugschülern und
Flugschülern zu bieten vermag.

Wie lernt man fliegen, was kostet das Fliegenlernen? Der Flug-
sport weist keine größeren und keine anderen Gebührensmonente
auf, als die schließlich jeder ersten sportlichen Betätigung inne-
zuhaben. Zum anderen haben die langjährigen und großen Erfah-
rungen auf den Fliegerschulen des DLB, gezeigt, daß jeder der Luft
und Liebe zum Flugsport mitbringt und nur durchaus normal
durchschnittlich bezahlt ist, in einer Ausbildungszeit von circa 10
bis 12 Flugstunden das Fliegen erlernen kann. Hier darf auch er-
wähnt werden, daß sich unter der gegenwärtigen Zahl von 12 Mo-
torflugschülern der Karlsruher Vereinsfliegerschule bereits zwei
Damen befinden.

Die Selbstkosten der Vereinsfliegerschulen sind mit allen Mitteln
durch größte Sparsamkeit und ehrenamtliche Tätigkeit aller Be-
trübter laufend gesenkt worden, so daß sich zur Zeit in der Karlsru-
her Schule der reine Flugstundenpreis nur noch auf 36 \mathcal{M} stellt,
gegenüber 50 \mathcal{M} vor einem Jahr. Auch in der Zubereitung der
Kosten der Gesamtschulung wird durch die Flugschüler heute jedes
Entgegenkommen gezeigt. Abzahlung in Monatsraten, sogar eine
einzelne künftige Karte für je eine Flugstunde. Die Vereinsflie-
gerschule Karlsruhe hat nur das eine Ziel: weitesten Kreisen, vor
allem den Jugendlichen das Fliegen zu ermöglichen!

Die Jugend will Segelfliegen

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Luftfahrtbestim-
mungen des Friedensvertrages von Versailles die deutsche Luft-
fahrt auf einen Weg gesungen haben, der die Entwicklung des
Sport- und Leistungsflugzeuges und des Segelflugzeuges nicht ge-
nügt, sondern eben durch den Zwang zum Bau kleiner, leichter,
schwachmotorisierter und motorloser Flugzeuge aufwärts gefördert
hat. So ist heute aus der notgedrungenen Segelflugbewegung der von
den deutschen Jugend am begeistertsten aufgenommenen Sportart
überhaupt geworden. In unerträglicher Werkstattdarbeit werden
alle Segelflugzeuge im Selbstbau bereitgestellt. Besonders Ariele für
jüngendliche Erwerbslose sind einersichtig. Drei Maschinen sind im
Jahre, zwei selbstgebaute Flugzeuge fliegen, eine Reihe Anfänger-
prüfungen sind schon auf ihnen abgelegt worden. Der einmal in
der Segelfliegerei, kommt wieder und will fliegen, fliegen . . .
Flugsport erfordert Ausdauer und Ausdauer, festwillige Un-
terordnung und Kameradschaftlichkeit. Mut und Entschlußfreudig-
keit. Die jungen Flieger, sie lernen und erkämpfen sich diese Ei-
genchaften, die wir brauchen für die Zukunft Deutschlands und
seiner Volksgemeinschaft. Darum wird die Abwandlung des alten
Seemannswortes mit Recht von der jungen Fliegerei gebraucht:

„Luftfahrt tut noi!“

Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die Ortsgruppe des Flugver-
bandes „Sturmvogel“ hingewiesen, über den Gen. S. Walter,
Schützenstraße 35, gerne Auskunft erteilt.

Hundert Jahre Gefangenenfürsorge im Amtsbezirk Karlsruhe

Die Badische Gefangenenfürsorge hat am 24. Mai d. J. in Hei-
delberg die Feter ihres hundertjährigen Bestehens begangen. Die
Bevölkerung der Landesbauerschaft wird verstehen, wenn dieser Tats-
sache auch innerhalb der Mauern von Karlsruhe gedacht wird, nicht
nur weil Karlsruhe der Sitz des Badischen Landesverbandes für
Jugendfürsorge, Gerichtshilfe und Gefangenenfürsorge ist, sondern auch
deshalb, weil der Karlsruher Bezirksverein für Jugendfürsorge, Geri-
chtshilfe und Gefangenenfürsorge der einzige Verein in Baden
ist, der auf eine ununterbrochene hundertjährige Arbeit zurückbli-
cken kann. Am Dienstag, den 28. d. M., 20 Uhr, findet aus diesem
Anlaß im Schwurgerichtssaal (Stefanienstraße 3) ein Werbeabend
des hiesigen Bezirksvereins für Jugendfürsorge, Gerichtshilfe und Ge-
fangenenfürsorge statt. Der Ministerialreferent für Jugendwohlfahrt
im Justizministerium, Obermed. Rat Professor Dr. med. Gressor,
wird über „Zeitgemäße Aufgaben in der Fürsorge für Kriminelle
und Verwahrloste“ sprechen. Prof. Dr. Gressor war lange Jahre
Direktor des Erziehungsheimes Schloss Neibingen. Seine Erfahrun-
gen in der Praxis sind ebenso anerkannt, wie seine wissenschaft-
lichen Fähigkeiten. Der Vortrag darf daher das Interesse der Fach-
welt und der Allgemeinheit erregen lassen. Die Veranstaltung wird
gleichzeitig Gelegenheit geben, der Öffentlichkeit einiges über die
Geschichte der Gefangenenfürsorge im Amtsbezirk Karlsruhe
mitzuteilen. Zahlreicher Besuch ist erwünscht. Der Eintritt ist un-
entgeltlich.

(1) Gitter-Gedächtnisfeier. Zur 5. Gedächtnisfeier für Fried-
rich Gitter, dem großen Liederkomponisten, hatten sich am
Sonntag vormittag ein großer Kreis von Freunden und Gön-
nern eingefunden. Die Feier fand am Schloßpark ihre Ab-
wicklung. Der Männergesangverein „Eichengrund“, Karlsruhe,
besprach das Programm, welches im Rahmen des Deutschen
Liedertages nur Lieder von Gitter aufwies. Ernstes und
fröhliches wechselte in angenehmer Folge und fand durch die
Leitung des Ehrenchormeisters Friedrich Kaller eine ver-
feinerte Ausdeutung, so daß jedermann seine Freude an den
Darbietungen fand. Die vergnüglichen Mienen der Hörerschaft
waren der untrügliche Beweis dafür, wieviel Freude der
Verein bereitet hatte. Im Verlauf der Programmordnung
sprach Herr Hauptlehrer und Schriftsteller H. G. Haebler
einige kurze, markante Worte zum Lebensweg Friedrich Gi-
ters. Dabei hob er im besonderen auch auf die Einflüsse des
Ehrenhauses ab und vergaß nicht, auch auf die Einwirkung
von A. Gressor und H. W. Weber hinzuweisen. So gab er
ein geschichtlich anregendes Bild und trug zum besseren Ein-
dringen in die Arbeit des Komponisten bei. Das schlichte,
vollständige Gedenken an den geistreichen Liederschriftsteller ent-
behrte nicht eines vornehmen Charakters. Der Rundfunk nahm
die Gesänge auf und verbreitete sie. Man konnte den jongs-
freundlichen Chor, der mit ganzer Seele dabei war, also auch
zu Hause hören.

(2) Roll-Zuschneide-Kursus. Auf den morgigen Dienstag, abends
7 1/2 Uhr im Kolloseum (Kubuszimmer) stattfindenden Vortrags-
abend über erstklassigen Rollschneidesei nochmals verweisen. Nähe-
res siehe Anzeige in der Samstags-Ausgabe.

Dammerstock

Zu der Notiz: „Kassenkrisis im Dammerstock“ schreibt uns der
Tierchutzverein Karlsruhe: Nach der dem Tierchutzverein vom Be-
sitzern erteilten Auskunft ist das Aufstellen von Fallen in Be-
wohnerten oder von Menschen besuchten Orten verboten, ebenso das
Legen von Giftködern. Die Erlaubnis zum Aufstellen von Fallen
ist nach unseren Erkundigungen nur in der Frontlinie der Fall-
steller und Giftköderleger gegeben. Interessant wäre es jedoch zu
erfahren, wie es den Giftköderlegern möglich war, das Gift zu
erhalten. Leider ist ein abgeleiteter Vorkünder nicht unterrichtet
worden. Der Tierchutzverein steht den Schleichwegen im Gift-
handel natürlich schloßlich gegenüber, er konnte nur eines tun, nämlich
gegen den Kassenfänger Anzeige erstatten. Dabei wird sich ja her-
ausstellen, ob es sich um „rotenfinnische Frauenhände oder robuste
Männerhände“ handelt. Eines ist gewiß, daß exemplarische Strafen
in Tierquälerei und Tierquälerei in manchen Fällen
notwendig. Der Fall im Dammerstock ist nicht der einzige einer Woche,
Wißbedlung, Altstadt usw. zeihen sich an. Feststellen möchten wir
noch, daß fast immer in Tierquälereien die Mieters ge-
genüber die Hausbesitzer entgegenkommender handeln, als die Haus-
verwalter.

Bulach

Arbeiter-Sport. Auch in unserem Vorort bemühen sich die freien
Sportler um das Gelingen des Werbemonats. Zu diesem Zweck
finden am Donnerstag, den 30. Juni, abends halb 8 Uhr, auf dem
Schulhof die Werbe-Vorführungen der Arbeiter-Radfahrer statt.
Gesamt werden: Radreisen von Schülern und Jugendlichen, Rad-
ball- und Radpolospiele von den Erwachsenen, sowie das Kunst-
fahren von Willy Giesgrit und Partnerin Hrl. Anna Krayer, Karlsru-
he, welche den Zuschauern Zweck und Ziele des Arbeiter-Rad-
sportes vor Augen führen werden und zugleich daran erinnern sol-
len, in der letzten Zeit des Kraft- und Schnelvertrages zwecks Ver-
sicherung gegen Verkehrsunfälle dem Arbeiter-Rad- und Kraft-
fahrerverband „Solidarität“ beizutreten. Für geringen Beitrag wer-
den den Mitgliedern namhafte Unternehmungen gewährt, z. B.
bei Radunfall, Radstichfall, Haftstrafe, Strafgehalt, Unterhaltungen
in besonderen Notfällen; Rechtschutz in allen den Radspori-
betr. Streitfällen. Des weiteren darf die Erziehung der Mitglieder
durch Pflege des Geschicklichkeits- und Langsam- und Wan-
derfahren einen gesunden, vernünftigen Sport zu treiben, hervorzu-
heben werden. Wir erlauben die Einmündigkeit von Bulach, Wei-
erheim, diesen Abend für die Arbeiter-Radfahrer freizubehalten und
anderen Vorführungen beizumischen zu wollen. Die musikalische Be-
gleitung zu den letzteren hat die Radlerfelle der Abteilung
Mühlburg übernommen. 3. 5.

Lichtspielhäuser

Badische Lichtspiele — Die Fiedermaus

Am Montag, jeweils 8.30 Uhr, läuft in den Badischen Lichtspielen zum
Abschluß der Saison, am Sonntagabend zur Sommeroperette übergeben zu
können, Großtonfilm nach der weltberühmten Operette von Johann
Strauß „Die Fiedermaus“, mit Georg Alexander, Ivan Petrovich, Bett
Werner und Anna Endra. Auf diesen Film muß man gesehen haben,
am er ist einfach wunderbar. Gute Vorstellung und die Hauptrolle geben
dem Abend das Gepräge.

Für Reise und Wanderungen: Chlorodont

Hitze und Staub erschaffen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine kräftige Mundspülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-
Mundwasser und eine gründliche Zahnreinigung mit Chlorodont-Zahnpaste wirken wohltuend, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und

immer schöne weiße und gesunde Zähne

